

KERAMISCHER

VII/Nr. 46 BERLIN 12. NOV. 1932

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr. Verantwortlich: Edwin Nenninger. Verlag: Hermann Grunzel, beide Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. Ruf. C 4 Wilhelm 56 46 und 56 47. Druck: A. Janiszewski GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

Wochen-Ereignisse

Die Belegschaften der Berliner Verkehrs-gesellschaft traten wegen eines Lohnabzuges von 2 Pf. die Stunde am 2. November in den Streik, der mehrere Tage anhält. Der Lohnabbauschluss wurde für verbindlich erklärt. Als daraufhin die gewerkschaftlich organisierten Verkehrsarbeiter die Arbeit wieder aufnahmen, kam es mehrfach zu Gegenmaßnahmen von Kommunisten und Nationalsozialisten, wogegen die Polizei einschritt. 400 Personen wurden festgenommen. Vier Personen fanden bei den Schieberien den Tod, eine Anzahl wurde verletzt. Die Nazis und Kommunisten, die den Streik zu einem politischen umgestalteten, richteten ihre Angriffe nur gegen die Gewerkschaften und die SPD, und nicht gegen die deutschnationale Direktion, die den Lohnabzug durchführte. Der wieder aufgenommene Verkehr wurde in den ersten Tagen unter Polizeischutz durchgeführt.

Die Reichsregierung hat in Preußen, trotzdem eine geschäftsführende preußische Regierung noch vorhanden ist, die preußischen Ministerien kommissarisch neubesetzt. Stellvertretender Reichskommissar bleibt Dr. Bracht. Er wurde Reichsminister ohne Portefeuille, desgleichen Dr. Popitz, der die Geschäfte des Finanzministeriums führt. Das Landwirtschaftsministerium bekam der Reichsernährungsminister von Braun zugeteilt. Das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (zusammengelegt) bekam Staatssekretär Ernst, das Unterrichtsministerium Prof. Dr. Freiler und das Justizministerium Staatssekretär Hiescher.

Die Reichsregierung, die am 3. November über die Kontingente Beschlüsse fassen sollte, hat die Beschlussfassung bis nach den Wahlen hinausgeschoben.

Nach den Wahlen wird der stellvertretende Reichskommissar für Preußen 110 höhere und 200 mittlere preußische Beamte versetzen bzw. in den Ruhestand bewegen. Die Umstände werden es mit sich bringen, daß sicher meist republikanische Beamte von den Maßnahmen betroffen werden.

Im Monat September ist der Rückgang in den Umsätzen der Konsumgenossenschaften zum Stillstand gekommen. Gegenüber dem Vormonat ist kein Umsatzrückgang mehr zu verzeichnen. Man könnte geneigt sein, auch dieses Symptom als ein Merkmal des Umschwungs anzusehen. Jedoch wollen wir in dieser Beziehung vorsichtig sein und die weitere Entwicklung abwarten.

In Berlin haben sich im Monat September an jedem Tag etwa 6 Personen das Leben genommen. Eine noch größere Zahl, etwa 9 bis 10 je Tag, sind Selbstmordversuche, die im letzten Augenblick verhindert wurden. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die ständig steigende Zahl der Selbstmorde in Berlin wie in den übrigen Großstädten mit der verzweifelten Wirtschaftslage zusammenhängt. Wenn der Kampf gegen die Widerwärtigkeiten des Lebens schließlich aussichtslos erscheint, dann sehen manche Menschen keinen anderen Ausweg als zum Revolver oder Strick zu greifen.

In Estlin ist der deutschnationale Bürgermeister Dr. Stoffregen vom nationalsozialistischen Regierungspräsidenten seines Amtes entbunden worden, weil er in einer Bombenaffäre nicht das tat, was die Nationalsozialisten wollten.

Bei einem Grubenbrand auf der Zeche „Konstantin der Große“ in Bochum drangen Rauchschwaden nach einer anderen Schachtanlage vor, wobei eine Anzahl Bergleute ohnmächtig zusammenbrachen. 24 Knappen wurden ins Krankenhaus gebracht.

Kahla im Streik

In der Porzellanfabrik A.-G. Kahla in Kahla ist die Belegschaft von 300 Personen ab Montag, den 7. November, nach 14-tägiger Kündigungsfrist in den Streik getreten, weil die Direktion auf Geheiß der Generaldirektion die Löhne abbaute. Die Belegschaft, die alles tat, um die Direktion zu friedenzustellen, die sich schon vor Monaten die Stückpreise kürzen ließ, die Entgegenkommen bis zum Äußersten zeigte, konnte die zugeordnete Kürzung nicht hinnehmen, ohne sich zur Wehr zu setzen. Wahrscheinlich werden auch andere Kahla-Betriebe in den Konflikt hineingezogen. Gerade die Kahla-Direktion hat es nötig, so gegen ihre Belegschaft vorzugehen.

Das Volk gegen Papen-Regierung

Reichstagswahl-Ergebnisse vom 6. November

Die Reichstagswahl vom 6. November 1932 brachte nach der vorläufigen amtlichen Zählung den Parteien folgende Stimmen:

Partei	Stimmen	Mandate
Nationalsozialisten	11 729 201	195 (230)
Sozialdemokraten	7 266 573	121 (133)
Kommunisten	5 975 538	100 (89)
Zentrum	4 191 771	70 (76)
Bayr. Volkspartei	1 080 124	18 (22)
Deutschnat. Volksp.	2 950 639	50 (40)
Deutsche Volkspartei	660 392	11 (7)
Staatspartei	327 358	2 (4)
Christlichsoziale	395 707	4 (3)
Landvolk u. Bauernp.	149 982	3
Wirtschaftspartei	106 550	1 (2)
Weingärtnerbund	165 108	2

Die eingeklammerten Ziffern geben die Mandatszahl der Juli-Wahl an.

Insgesamt gelten 582 Abgeordnete als gewählt. Von 44 1/2 Millionen Wahlberechtigten gaben 35 879 001 ihre Stimme ab.

Die Reichsregierung von Papen-von Schleicher löste bekanntlich den Reichstag auf, um sich eine stärkere parlamentarische Stütze mit Milliarden-Geschenken an den Privatkapitalismus zu verschaffen. Dieses Ziel erreichte die Regierung nicht. Das deutsche Volk steht nach wie vor in seiner übergroßen Mehrheit gegen die Barone. So läßt sich in ein paar Sätzen das Ergebnis der Wahl zusammenfassen. Der große Aufwand an öffentlichen Mitteln ist umsonst veran. Das scheint nach diesen Wahlergebnissen festzustellen. Der geringe Auftrieb der Regierungsfreunde der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei, genügt nicht zur

Stärkung des Regierungsrückhalts. Sie kamen nicht an die Nationalsozialisten heran, wie sie erhofften.

Die unsozialen und ungerechten Taten der Regierung von Papen, von Schleicher, von Gayl lösten eben eine so ungeheure Empörung und Unzufriedenheit bei den Volksmassen aus, daß die Wählerschaft in ihrer großen Zahl gar nicht anders darauf reagieren konnte. Wenn man die zahlenmäßigen Wahlergebnisse überprüft, kann man leicht feststellen, daß keine großen Verschiebungen, wenigstens nicht die zum Teil erwarteten, eingetreten sind. Die Nationalsozialisten weisen einen Verlust von über 2 Millionen aus, bleiben aber trotzdem die stärkste Partei. Die Sozialdemokraten verlieren etwas. Diesmal verzeichnet auch das Zentrum, das bei den letzten Wahlen Stimmenzunahme aufwies, einen kleinen Rückgang, desgleichen die Bayerische Volkspartei. Hauptgewinner sind die Kommunisten, die ihre Wählerstimmen um rund 700 000 steigern konnten. Eine kleine Zunahme trat auch bei der Hugenberg- und Dingeldey-Partei ein. Damit wurde der Baronsregierung wenigstens eine kleine Genugtuung für die Geschenke an Landwirtschaft, Industrie, Hausbesitz und Banken zuteil. Viel ist es gerade nicht, und stolz kann sie nicht darauf sein. Aber Hugenberg wird sich freuen, die Schwarzen und Braunen haben nicht mehr wie im alten Reichstag die Mehrheit. Hugenberg ist das gewollte Zünglein an der Waage geworden. Die Sehnsucht Hugenbergs hat sich also erfüllt. Und damit ist eine parlamentarische Bürgerfront von den Christ-

lichsozialen über die Deutsche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei, das Zentrum, die Deutschnationalen und Hitler in wahr-scheinliche Nähe gerückt, und Papens Regierungsherrschaft scheint zu Ende zu gehen. Was schon vor den Wahlen von Papens Sturz gemauert wurde, kann bald Wirklichkeit werden.

Die marxistische Front ist nicht geschwächt aus den Wahlen hervorgegangen, wenn sie auch weiter aktionsunfähig bleibt, weil nicht anzunehmen ist, daß die Kommunisten den Bruderkampf unterlassen, im Gegenteil, sie werden noch toller die Arbeiter gegeneinander bringen, weil ihnen dieser Kampf Erfolg brachte, aber der gesamten Arbeiterschaft Nachteile. Das Zurückdrängen der Sozialdemokraten aus Staats- und Parlamentsfunktionen hatte für die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit außerordentliche Verschlechterungen der Lebenslage zur Folge. Die Erstarkung des Bürgertums und besonders des Nationalsozialismus (Faschismus) war ein großer Schaden für die Arbeiter. Das trat bisher sehr offenkundig zutage und wird auch in Zukunft so bleiben, mag Papen bleiben oder eine bürgerliche Parlaments-regierung kommen. Für das Proletariat ist deshalb der Wahlausgang nicht erfreulich. Es wird sich weiter verteidigen müssen gegen den Feudalismus und gegen den Faschismus mit demokratischen Mitteln. Mit der Beendigung der Reichstagswahl ist der Kampf keineswegs beendet. Er geht in unverminderter Schärfe weiter, und dabei werden auch die Gewerkschaften nach wie vor die stärkste Front der Arbeiterschaft darstellen.

Einige November-Ereignisse der Nachkriegszeit

Der November ist in der Nachkriegs-geschichte Deutschlands ein ereignisvoller Monat. Die wirkungsvollsten Begebenheiten vollzogen sich in den Novembertagen des Jahres 1918 und die deutsche Arbeiterschaft kann stolz auf den 9. November als Gedenktag der Revolution sein. Am 9. November begann in Deutschland eine geschichtliche Wende größten Ausmaßes. Nachdem der Obrigkeitsstaat mit seinen starken Machtmitteln zusammengebrochen war, nahmen Männer des Volkes dessen Geschicke in die Hand, schufen die Rechte zum Selbstbestimmen und retteten Deutschland vor seinem Zerfall. Diese Tat bleibt ewige Wahrheit.

In diesem kurzen Rückblick muß daran erinnert werden, daß bereits im November 1922 der Kapitalismus nach dem mehr militärischen Kapp-Putsch in den ersten Märztagen 1920 seinen ersten ernsthaften Wiederbelebungs-versuch von der wirtschaftlichen und politischen Seite unternahm, und zwar mit der Regierungsübernahme des bürgerlichen Kabinetts Cuno. Von dieser ehemaligen Reichs-regierung ohne Sozialisten erwartete das Bürgertum sehr viel für sich, seine „starke“ Politik führte aber sehr bald zur Ruhr-besetzung und zur Hochinflation. Das Kump-kabinetts Stresemann kam bereits nach einem Jahr aus Ruder und löste Cuno ab, um dessen falsche Politik zu liquidieren. Im November 1923 brachen die Separatisten in der Rheinpfalz in. Und am 8. November 1923 machte Adolf Hitler seinen Putsch in München mit dem Ziel, eine Rechtsdiktatur von München aus aufzurichten. Im Bürgerbräu-keller schloß er mit einem Revolver in die Decke und bekannte, für seine Ideen sterben zu wollen. Am anderen Tag, am 9. November, als der „Statthalter der Monarchie“ von Kahr, der „Reichswehrminister“ und militärische Diktator“ General von Lossow und „Reichs-polizeiminister“ Oberst von Seißer sich von Hitler wieder losgesagt hatten und ihm Polizei und Reichswehr entgegen sandten, die scharf schossen, fiel es auf einmal Hitler ein, nicht zu sterben, sondern schleunigst Reißaus zu nehmen. Der Hitler-Putsch brach zusammen. Auch die verhängnisvolle Geldinflation ging

im November 1923 zu Ende. Uebrig blieben ein verarmtes Volk und ein paar schwerreiche Inflationsgewinnler, an der Spitze Hugo Stinnes.

Auf diese paar Novemberbegebenheiten muß in diesem Zusammenhang verwiesen werden. Sie sind außerordentlich lehrreich. Die Reichstagswahl 1932 als Novemberereignis ist die Fortsetzung. Seit 1923 vergingen neun Jahre, in denen sich auch sehr viele Dinge abspielten; aber gegenwärtig liegt die größere Bedeutung der Novembervorgänge darin, daß sie von der Reaktion für ihre Zwecke viel stärker ausgenutzt werden können als in den Jahren 1918 bis 1923. Die Machtverhältnisse haben sich infolge der furchtbaren Weltwirtschaftskrise zugunsten der Reaktion gewandelt und das Bürgertum verfiel dem Faschismus. Diese Wandlung ist offenkundig. Die Arbeiterschaft soll sie beachten und sich darauf einstellen. Die Reaktion kann nur stark sein, wenn die Arbeiterklasse sich schwach zeigt.

Deshalb die Kräfte zusammenfassen, nicht wankend werden. Zur Organisation stehen, ist eine dringende Notwendigkeit gerade gegenwärtig.

Revolutionen währen nicht ewig. Ihr mit-

Weitere Agitationserfolge

Zu den bereits gemeldeten Agitationserfolgen kommen immer wieder neue hinzu. Die Werbearbeit bringt eben Erfolg. So können:

Berlin	172	Schönwald	30
Darmstadt	105	Stralsund	48
Genthin	16	Ueckermünde	20
Katzbütte	12	Wittenberg	21
Rudolstadt	31	Danzig	43
Schermbek	36		

Mitgliederaufnahmen melden. Hoffentlich kommen in den nächsten Wochen noch mehr Zahlen, die ebenfalls günstige Ergebnisse berichten können. Nicht nachlassen! Alle Neu-eingestellten sofort dem Verbands zuführen, ist eine Aufgabe, die erfüllt werden muß. Weiter so!

In der Zahlstelle Ludwigshafen ist die Herbstagitation in vollem Gange. Im III. Quar-

ter sind 156 Neuaufnahmen gemacht. Im Monat Oktober wurde die Hausagitation fort-gesetzt und neue Mitglieder gewonnen.

Die Erfahrungen, die bei solchen Hausagita-tionen gemacht werden, sind manchmal sehr sonderlich. So sprach z. B. am letzten Sonntag (23. Ok-tober 1932) einer unserer Funktionäre bei einer Familie vor, fragt nach ihrem Sohn Friedrich; in denselben Augenblick tritt der stolze Fritz in Paradeuniform der Nazis aus dem Nebenzimmer. Als er erfuhr, was der Funktionär zu ihm führte, erklärte er: „Ich bin organisiert.“ Auf die Frage des Funktio-närs: wo? kam majestätisch die Antwort von der Mutter: „Der ist im Verband in der RGO.“ Der stolze Fritz in Uniform hatte überhaupt keine Worte, er schämte sich anscheinend selbst seiner geistigen Verirrung.

Elendzustände in der Thüringer Heimarbeit

Nach der Tageszeitung „Der Deutsche“ hat der Vorsitzende des Thüringischen Staatsministeriums seinem Kabinett Bericht erstattet über Elendzustände, die er auf einer Reise durch die Notstandsgebiete des Thüringer Waldes gewonnen hat. Er brachte dabei zum Ausdruck, daß die Not alle von ihm gehegten Befürchtungen überstiege. Seit Jahren seien in besonders schwer heimgesuchten Ortschaften fast alle Leute arbeitslos. Die Nahrung bestehe aus gerösteten Kartoffeln und Salz. Vielfach sei der Haushalt gänzlich veräußert, desgleichen das Vieh. Schlechte Wohnungsverhältnisse seien festzustellen, die allen bau-, sitten- und gesundheitspolizeilichen Vorschriften widersprechen. Die Tuberkulose-Gefahr sei wieder stark entlammt. Es sei zu befürchten, daß bei einem Fortbestand der gegenwärtigen grauenhaften Verhältnisse die Leute in den Notstandsgebieten körperlich, seelisch und geistig zugrunde gehen. Da, wo noch etwas Arbeitsgelegenheit vorhanden sei, wäre die Bezahlung ungemein niedrig.

Die Feststellungen des Vorsitzenden des Thüringischen Staatsministeriums sind gewiß richtig. Die aufgezählten Not- und Leidenszustände gewiß auch, aber nicht neu! Des öfteren haben wir schon öffentlich durch die Presse und auch schriftlich die Behörden auf die Entwicklung der unhaltbaren Zustände hingewiesen und verlangt, Abhilfe zu schaffen. Nur in wenigen Fällen aber wurden Abänderungen durch die Behörden erreicht. Gerade das Thüringische Staatsministerium, insbesondere das Innenministerium hat nicht immer alles getan, um die Not der Heimarbeit in Thüringen zu lindern, geschweige denn zu bannen. In einer Reihe Heimarbeitersinderegruppen bestehen auf alle Fälle durch die bisherige Einstellung der Staatsregierung tariflose Zustände, ressetzungsbeschlüsse von Fachausschüssen, die mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt und daher nicht als allgemeverbindlich genehmigt zu betrachten sind und daher keine Rechtswirkung haben können, erhielten in der Regel die Zustimmung des Thüringischen Wirtschaftsministeriums nicht. Unter Zuhilfenahme des § 34 Abs. 4 des Hausarbeit-Gesetzes wurden solche Beschlüsse zur nochmaligen Verhandlung an die Fachausschüsse zurückverwiesen, aber auch dann noch nicht bestätigt. Die arbeitenden Heimarbeiter blieben tariflich rechtlos. Auch die gegenwärtige Thüringische Staatsregierung hat sich bisher noch nicht entschließen können, Beschlüsse beispielsweise des Fachausschusses für die Thüringische Glasindustrie vom 23. August d. J. zu bestätigen und ihnen damit Gesetzeskraft zu verleihen, damit Heimarbeiter, die noch in Tätigkeit stehen, gegen die hemmungslose und grenzenlose willkürliche Ausbeutung Thüringischer Unternehmer geschützt werden können.

Gerade die Unternehmer in Thüringen, soweit sie Heimarbeiter beschäftigen, haben riesengroße Vorteile aus dem Verhalten des Thüringischen Wirtschaftsministeriums gezogen. Alle Not ist in den letzten Jahren den Heimarbeitern aufgehalst worden. Einen Schutz bei der Staatsregierung konnten diese bedauernswerten Opfer der Krise aber nicht finden. Ja, man schob diesen Opfern sogar die Verantwortung zu, indem man ihnen sagte, sie seien gar nicht gewillt, Tarifverträge oder Ressetzungsbeschlüsse zu halten. Die wirklichen Schuldigen aber, das Unternehmertum, ließ man leer ausgehen, obgleich man sie mit staatlichen Machtmitteln zur Erfüllung ihrer Pflicht hätte zwingen können.

Wenn heute von Seiten des Thüringischen Staatsministeriums zum Ausdruck gebracht wird, daß die Not alle gehegten Befürchtungen überstiege, so erwarten wir aus dieser Erkenntnis, daß endlich durch die Thüringische Staatsregierung alles getan wird, um die Not in der Heimindustrie zu lindern. Der Staatsregierung stehen Machtmittel zur Verfügung. Wir erwarten nun, daß dieselben in Anwendung kommen. Für die Gebiete, in welchen noch gearbeitet wird, sind die Fachausschüsse unter weltherziger Ausschöpfung des Hausarbeit-Gesetzes, § 37, und durch planmäßige Benutzung der Gewerbeaufsichten staatliche Machtmittel, womit Lohnrückkern begegnet werden kann.

Eine nachdrucksvolle Überwachung der geschaffenen Entgelttarife durch die Behörden würde zum mindesten den tätigen Heimarbeitern und Hausgewerbetreibenden eine kümmerliche Grundlage ihrer Existenz gewährleisten, aber auch diese tätigen Heimarbeiter hungern! Auch sie gehen körperlich, geistig und seelisch zugrunde.

Handelt nun, Thüringisches Staatsministerium! Wir verlangen das abermals im Interesse der Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden des Landes Thüringen. Wir verlangen es aber auch deswegen, weil die Partei, die gegenwärtig hinter dem Staatsministerium steht, seit Jahr und Tag Versprechungen abgegeben hat. Gegebene Versprechungen müssen gehalten werden!!!
H. Effein.

Friedrich Kunz 25 Jahre Angestellter



Wieder feiert einer unserer ältesten Funktionäre das fünf- und zwanzigjährige Jubiläum als hauptamtlich Angestellter unseres Verbandes. Es ist der Geschäftsführer der Zahlstelle Kiel, unser Kollege Friedrich Kunz, der auf eine fünf- und zwanzigjährige Tätigkeit im Dienste des Verbandes, auf fünf- und zwanzig Jahre Kampf für die Interessen der Fabrikarbeiter- und arbeiterinnen zurückblicken kann.

Kollege Friedrich Kunz wurde am 20. März 1874 zu Bartonstein in Ostpreußen geboren. Er besuchte die Volksschule und erlernte später das Schuhmacherhandwerk. Sein Lehrmeister war ein überzeugter Sozialdemokrat, und so wurde Kollege Kunz sehr jung mit den Bestrebungen der Arbeiterschaft bekannt. Nach Beendigung der Lehrzeit ging er auf Wanderschaft und kam 1891 nach Hamburg. Dort schloß er sich dem Verband der Schuhmacher

als Mitglied an. Bereits im Schuhmacherverband hatte er mehrere ehrenamtliche Posten inne. Da in den 90er Jahren die Maschine schon starken Einzug in das Schuhmacherhandwerk hielt, mußte Kollege Kunz — wie so viele Schuhmacher — umsatteln, und so trat er im Jahre 1900 in Hamburg in einer Oel- fabrik in Arbeit und am 20. Juni 1901 zu unserem Verband über. Sehr bald wurde Kollege Kunz in der Zahlstelle Hamburg mit ehrenamtlichen Funktionen betraut. Als im Jahre 1907 die Zahlstelle Kiel die Stelle eines Angestellten ausschrieb, bewarb sich auch Kollege Fritzkunz. Er wurde mit Mehrheit gewählt. Kollege Kunz trat am 11. November 1907 seinen Posten an, und die Zahlstelle Kiel hat von da an bis 1921 einen Aufschwung an Mitgliedern zu verzeichnen gehabt, der dem Kollegen Kunz mit zu verdanken ist. Seit dem Jahre 1908 hat Kollege Kunz den Posten eines Kartelldelegierten inne. Auch im engeren Vorstand des ADGB ist er schon lange Jahre tätig. Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist Kollege Kunz seit dem 11. Juni 1898.

Die Zahlstelle Kiel hat in Fritzkunz einen Leiter gefunden, der sein Letztes für sie hergibt, seine Familie und seine Person stets in aufopfernder Weise zurückstellt, wenn es gilt, der Zahlstelle, der Organisation zu dienen und zu nützen. Dafür dankt ihm die Mitgliedschaft aus vollem Herzen. Mit der Gratulation zu seinem Ehrentage verbindet sie den Wunsch, Fritzkunz noch recht lange gesund und tüchtig an erster Stelle wirken zu sehen!

Gegen den gefährlichen Geist der Entrechtung

In den Kreisen der Arbeitnehmer, denen die verfassungsmäßige Freiheit der Arbeiterschaft am Herzen liegt, besteht kein Zweifel darüber, daß die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 5. September 1932 in „die Rechtsstellung der Arbeiter im Staate“ sowie in das Tarifrecht und das Arbeitsvertragsrecht verheerend eingreift, denn sie rißt die Schutzschränke der tariflichen Lohnbindung ein. Dem Denken und Fühlen innerhalb der Arbeiterschaft wird dadurch die Richtung gegeben, daß sie mit empörender Ungerechtigkeit behandelt und zu Opfern herangezogen wird, die für sie untragbar sind und darüber hinaus dem Wirtschaftsleben schweren Schaden zufügen.

Wo immer in den Verbänden, die Anspruch auf tarifvertraglichen Wert haben, zu der Notverordnung Stellung genommen worden ist, wird der Reichsregierung das Recht bestritten, den tariffeindlichen Arbeitgebern die Möglichkeit zu geben, die von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden in gemeinsamer Arbeit festgelegten, für tragbar und notwendig befundenen und beschlossenen Tariflöhne ihren höchst persönlichen geschäftlichen Dispositionen anpassen zu können. Sie sind übereinstimmend der Auffassung, daß die Maßnahmen der Reichsregierung aus staatspolitischen und rechtlichen Erwägungen heraus unwirksam sind. Diese Auffassung hat ihren guten Boden in der im Geschäftsleben und auf dem Arbeitsmarkt üblichen Praxis, nach welcher ein unbeteiligter Dritter über den Preis der Waren nichts mitzubestimmen hat, weil er ja Wert und Gegenwert nur aus der Kerne würdigen und die tatsächlichen Wirkungen einer anders vorfindenden Vor-schrift nur mit kaum zu verwertender Gefühlsmäßigkeit abwägen kann. Die Tätigkeit der fachlich nicht geleiteten Hand führt außerdem in den sehr feinnervigen Verästelungen des Wirtschaftslebens fast zwangs-

läufig zu schweren Erschütterungen durch Streiks und Aussperrungen.

Aus der Erfahrung heraus, daß wirtschaftliche Erschütterungen bei den schweren Wunden schlagen, wurden bislang bewußt umgangen und verhindert durch den tarifvertraglichen Vergleich, der nach der Verbindlichkeitserklärung für die Dauer des Vertrages mit Gesetzeskraft Ordnung schafft. Die von den Gestaltern des Wirtschaftslebens als richtig erkannte und gewollte Ordnung hat jetzt die dritte Hand geändert und dadurch einen Unfrieden geschaffen, der jeden Tag unseren gesamten Wirtschaftskörper in vulkanische Zuckungen versenken kann.

Dieses Spiel mit dem Feuer muß aufhören oder die Betriebe und die Arbeitnehmer erleiden einen gar nicht abzuschätzenden Schaden. Die Tarifvertragskontrahenten stehen heute vor dem Faktum, daß zu den schweren Wunden, die dem deutschen Außenhandel geschlagen worden sind, und die die Absatz- und Verdienstmöglichkeiten auf das empfindlichste schädigen, nun auch noch die Steigerung der innerwirtschaftlichen Schwierigkeiten getreten ist.

Die Tatsache, daß der Bruch eines Tarifvertrages nicht mehr Vertragsbruch sein soll, und daß Tariflöhne, die nach dem Willen der vertragschließenden Verbände und der diesem Willen folgenden Rechtsprechung nicht unterschritten werden durften, nunmehr nach von Unternehmern aufgenommenen Krediten und nach den für diese Kredite vereinbarten Zinsen, also nach betriebsver-schiedenen Verhältnissen und unterschiedlichen finanziellen Verpflichtungen, unter staatlichem Schutzwang herabgesetzt, auf-gezwungen werden können, beweist ein so großes Verkommen des wirtschaftlichen Gewordenen, daß dem konstruierenden Willen

für Notverordnungen unbedenklich ganz nahegelegt werden kann, den beiden großen Wirtschaftsfaktoren und ihrem schriftlich festgelegten tätlichen Willen etwas mehr Beachtung zu schenken.

Schwierigkeiten sind dabei auf der Arbeitnehmerseite nicht zu überwinden, und für die Arbeitgeberfront hat der stellvertretende Geschäftsführer der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Erdmann, anlässlich des Kampfes in den Eisenbetrieben des Ruhrgebietes nach der „Gewerkschaftszeitung“ erklärt, daß die Beseitigung der Vertragstreue rechtspolitisch eine Durchbrechung der das gesamte Vertragsrecht beherrschenden Grundsätze über Vertragstreue und Vertragssicherheit bedroht und infolgedessen eine Rechtsanschauung verkörpert, die wirtschaftlich und für die Fundamente jeder Rechtssicherheit von den weitestreichenden Folgen sein würde.

Wenn man auch der Meinung geben darf, daß die Zeit diesen wirtschaftlichen Ausflug als eine übersteigerte Hervorköcherung privatkapitalistischen Herrnwillens ansehen wird, so darf aber nicht unbachtet bleiben, daß der Zustand der Rechtssicherheit im Arbeitsvertrag in Deutschland ein Glied mehr in der Kette der Komplikationen ist, auf die nicht nur die organisierte Arbeiterschaft, sondern auch das Ausland mit der Entziehung des Vertrauens antwortet.

Die Entziehung des Vertrauens ist aber gleichbedeutend mit dem Verlust der Aufträge und führt für ganze Arbeitergruppen zum Verlust ihrer Existenz. Daraus ergibt sich für die Arbeiterschaft die Pflicht, mit dafür zu sorgen, daß diesem Zustande ein Ende bereitet wird, und wo der Geist der Entrechtung sich erhebt, da muß er zu Boden geschmettert werden.

Carl Lomantow



Manteltarifverhandlungen — Weißhohlglas

Der ab 1. Mai d. J. geltende Reichsmanteltarifvertrag der deutschen Weißhohlglasindustrie konnte gemäß § 3 mit einer vorgesehenein zweimonatigen Kündigungsfrist erstmalig zum 31. Dezember 1932 von den Tarifparteien aufgekündigt werden.

Der Schutzverband Deutscher Glasfabriken hat sich mit der Aufkündigung des Vertrages sehr stark beschäftigt, zumal nach seinen Behauptungen in den Verhandlungen im Mai seine speziellen Wünsche unberücksichtigt geblieben seien.

Auf Grund einer unverbindlichen Besprechung ist seitens der Branchenleitung die Reichstarifkommission zur Stellungnahme zu der Frage der Aufkündigung des Vertrages einberufen worden. Die Reichstarifkommission ist einmütig auf dem Standpunkt, daß eine Verlängerung des Vertrages nur in Frage kommen kann, wenn die Bestimmungen unverändert wieder in Kraft gesetzt werden mit Ausnahme des Nachtrages zum § 11 bezüglich der Urlaubsentschädigung für das Jahr 1932.

Einsprechend dieser Beschlüsse hat eine kleine Kommission am Freitag, dem 23. Oktober, in den Verhandlungen mit den Vertretern des Schutzverbandes teilgenommen.

Vom SSK wurde erneut darauf hingewiesen, daß infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse eine große Freude am Tarifvertrag nicht mehr vorhanden sei. Man müsse jetzt Erleichterungen haben, zumal die Industrie bei Jahresbeginn eine Übersicht bezüglich der aufstehenden Löhne in der Produktion durch Lohn- und Arbeitsbedingungen gebracht. Man könne sich vorstellen, daß die Arbeiterschaft für das Jahr 1933 auf den Urlaub vollkommen verzichtet. Nach mehrwöchigen Beratungen ist die nachfolgende Tarifvereinbarung abgeschlossen worden. Der Manteltarifvertrag ist damit unverändert für ein Vierteljahr verlängert worden. Die Parteien haben sich ohne jede Bindung

vorbehalten, im Januar 1933 über die endgültige Urlaubsregelung Verhandlungen zu führen. Von uns ist bereits angekündigt, daß wir infolge der Auslegungen zum § 11 Forderungen auf anteiligen Urlaub je nach Beschäftigungsdauer im Kalenderjahr stellen werden.

Zwischen dem Schutzverband Deutscher Glasfabriken und dem Keramischen Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, sowie dem Berufsverband Deutscher Glasarbeiter wird heute folgendes vereinbart:
1. Der Reichsmanteltarifvertrag für die deutsche Weißhohlglasindustrie wird zum

Entscheidungsatzug für Bleikristall

Die Tarifparteien hatten bekanntlich beim Reichsministerium resp. beim Schlichter für Schlesien verlangt, daß § 2 der Verordnung vom 5. September 1932 zur Vermeidung der Bindung der Arbeiterschaft auf die Kristall- und Bleikristallglasindustrie angewandt werden, damit die Vorschriften des § 1 der gleichen Verordnung ausgehehlet werden.

Inzwischen Verhandlungen haben wir unseren Antrag noch besonders begründet mit dem Hinweis, daß die in § 2 Abs. 2 vorgesehene Fassung die Möglichkeit für die Anerkennung unseres Antrages in sich trage, da alle Voraussetzungen dieser Bestimmungen für die Kristall- und Bleikristallglasindustrie zutreffen.

Der Schlichter für Niederschlesien hat beiderseitig die Anträge der Arbeitnehmer abgelehnt mit der folgenden Entscheidung: „Die Kristall- und Bleikristallglasindustrie innerhalb des Schlichterbezirkes Schlesien gilt nicht als Gewerbebetrieb, der von der Vorschrift des § 2 der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. Sep-

31. Dezember 1932 von keiner der Tarifparteien gekündigt.

2. Für die Zeit ab 1. Januar 1933 wird die in § 4 Abs. 2 vorgesehene Kündigungsfrist für das Einzelarbeitsverhältnis wieder wie im Jahre 1932 auf eine Woche festgesetzt.

3. Ueber die Gestaltung der Urlaubsregelung für das Jahr 1933 werden die Tarifparteien im Monat Januar 1933 verhandeln.

1. Beiden Tarifparteien bleibt somit die fristgemäße Aufkündigung des Reichsmanteltarifvertrages zum 31. März 1933 vorbehalten.

Dresden, den 28. Oktober 1932.

Für den Schutzverband Deutscher Glasfabriken gez.: Dr. Schmidt.

Für den Keramischen Bund, Abt. des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands gez.: M. Krobs.

Für den Berufsverband Deutscher Glasarbeiter gez.: Jean Kreckel.

ja kein Geheimnis, daß all die angeführten gesetzlichen Bestimmungen bei den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen von den Behörden ziemlich stark zugunsten der Industrie ausgewogelt werden.

Wir bedauern die Entscheidung des Herrn Schlichters für Schlesien, zumal die gleichen Feststellungen für die Kristall- und Bleikristallglasindustrie als Gewerbebezug nun auch in anderen Schlichterbezirken getroffen werden dürften. Hoffentlich wird die Industrie den bekanntgegebenen Einwendungen der Arbeitnehmerorganisationen Rechnung tragen und vom § 1 der Verordnung keinen Gebrauch machen, da sonst die Existenz der Beschäftigten bedroht ist, und dadurch erste Differenzen in den einzelnen Betrieben ausbrechen können.

M. Krobs.

Wieder Sonntagsarbeit

Es scheint jetzt Mode zu werden, daß genau wie bei der jetzigen Regierung die Industrie versucht, durch Pressekonferenzen die Öffentlichkeit für sozialpolitischen Rückschritt zu gewinnen.

Die Leitung der Goriesheimer Glas-hüttenwerke hat nach uns gewordenen Mitteilung eine solche Pressekonferenz abgehalten, um hier die Notwendigkeit der Sonntagsarbeit in der Flaschenindustrie erneut zu begründen.

Man glaubt, daß der jetzige Zeitpunkt und der neue Wind in den Regierungsstellen dazu führen könnte, die längst gehegten Wünsche zur Tat werden zu lassen.

Auf Grund der Auskünfte auf der Pressekonferenz schreiben maßgebliche Zeitungen, so auch die „Düsseldorfer Lokalzeitung“, mehr denn zwei Spalten für die Sonntagsarbeit in der Flaschenindustrie. Es ist selbstverständlich, daß man sich gegen die bekannten Argumente der Gewerkschaften, die teilweise von den Behörden als gerechtfertigt beurteilt werden, wendet.

An diesen Argumenten hat sich gegenüber dem Vorjahr nichts geändert. Die schweltechnischen Begründungen für die Notwendigkeit der Sonntagsarbeit seitens der Industrie

und dieselben geblieben, währenddem die Arbeitsnehmer erneut unterstreichen müssen, daß durch Sonntagsruhe nur in den Betrieben Aus-

Bereits im vorigen Jahre, als der gleiche Streitfall von den Tarifparteien behandelt werden mußte, konnte von den Arbeitnehmern festgestellt werden, daß durch Überbrückung der Kapazität der Betriebe kaum noch mit 20 Prozent ausgenutzt werden. An diesem Zustand hat sich nichts geändert, im Gegenteil, die Krise ist in der Flaschenindustrie durch Steigerung der Produktion in der gesamten Welt und durch Einengung des Absatzvolumens noch größer geworden.

Die Unruhe in der Preisfrage für Glas-erzeugnisse würde durch solche Manipulationen noch verstärkt, da die Betriebe mit manueller oder halbautomatischer Erzeugung, die jetzt schon im Nachteil sind, überhaupt nicht mehr konkurrenzfähig wären, und der

Staat als solcher noch mehr Unterstützungsverpflichtungen übernehmen müßte.

Wir werden den Eindruck nicht los, als wenn die Firma Gersheimer Glasblüte durch die erneut beanspruchte Durchführung der Sonntagsarbeit in der Flaschenindustrie sich in den Genuß der Steuergutscheine auf Grund der Verordnung vom 26. September 1932 setzen will. Daneben hofft man auch noch, von den Lohnsubventionen aus der Verordnung vom 5. September 1932 sicher Gebrauch zu machen. Skrupellos setzt man sich über Arbeiterschutzgesetzgebung, über Sozialpolitik und anderes hinweg. Das Allgemeinwohl soll dem Eigennutz und den Profitinteressen weichen. Wir wollen aber annehmen, daß bei Untersuchung etwa eingehender Anträge der Firma die Behörden bei ihren früheren Entscheidungen bestehen bleiben, da sonst Gefährdung nicht nur in der Produktion der Flaschenherzeugung, sondern auch der Weißhohlglasindustrie in Erscheinung tritt, und fernerhin der gesamte Arbeiterschutz für die Glasindustrie ausgeschaltet würde.

Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften werden sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln und selbst auch des letzten, des gewerkschaftlichen Kampfes gegen einen sozial-

politischen Rückschritt, wie die Einführung der Sonntagsarbeit dies bedeutet, wenden, da nicht nur Solidaritätsrückichten diesen Weg vorschreiben, sondern auch volkswirtschaftliche Erfordernisse. M. Krebs.

Glasarbeiterprotest

Im Elandsgebiet des Thüringer Waldes, in Neustadt a. R., hatten die zur Bezirkszahlstelle Katzhütte gehörenden Glasarbeiter von Neustadt am 23. Oktober eine Versammlung, in der folgende Entschliessung einstimmig angenommen wurde:

„Die Not der erwerbslosen Glasarbeiter von Neustadt ist unbesehrlich und groß. Die Ernährung der Familien ist nach den Sätzen der Krisenunterstützung nicht mehr im notwendigen Maße gegeben. Die Auswirkungen der Unterernährung machen sich bereits bemerkbar. 70 Prozent der Kinder sind krank, unterernährt und erholungsbedürftig. Sofortige Erhöhung der Krisen- und Arbeitslosenunterstützung auf das Doppelte und Zahlung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit sind erforderlich. Die Bedürftigkeitsprüfung muß fortfallen. Im Dezember und Januar werden

zirka 200 Kru-Empfänger ausgesteuert. Um eine Katastrophe zu vermeiden, ist deshalb der Gemeinde Neustadt ein größerer Geldbetrag für die Wohlfahrtsunterstützung zur Verfügung zu stellen. Die Reichs- und Landesregierung haben einzuspringen und Neustadt als Notgebiet zu erklären sowie Hilfsmassnahmen durchzuführen, weil dieser Ort mit seiner Armut, seinem Hunger und seinem Elend mit an erster Stelle steht. Ferner wird verlangt, daß die am Ort befindlichen Betriebe, wenn sie von den Inhabern nicht sofort in Gang gesetzt werden, zu verstaatlichen und in Betrieb zu setzen sind. Die Glasarbeiter hoffen, daß sehr bald etwas von den Regierungen unternommen wird.“

Bernburg

Die Firma Kühntopp in Bernburg, Bleikristallglaschleifer, macht den Versuch, Glasschleifer von auswärts heranzuholen.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Firma seit Juli 1931 stillgelegt hat und augenblicklich mit nur zwei Werkstellen arbeitet. Es sind am Ort noch 60 arbeitslose Schleifer vorhanden, so daß Zuzug nach Bernburg unbedingt zu unterbleiben hat.



Schlimmste Auswüchse der Notverordnung

In der feinkeramischen Industrie trat in den letzten Wochen eine Geschäftsbelebung ein. Die Papen-Notverordnung trug sicher dazu bei; aber der Umstand, daß nun der Preisbewegung nach unten und der Schleuderkonkurrenz Einhalt getan wurde, führte wieder zu einer normalen Funktion der Auftragserteilung. Die Händler, deren Lager getäumt sind, konnten nicht mehr auf noch weiter herabsinkende Preise spekulieren. Sie wurden gezwungen, ihren Warenbedarf wieder regelmäßig bei den Fabriken zu decken. Da nun die Hauptverkaufszeit für Porzellan herankommt, müssen die Bestellungen eiliger an die Fabriken gelangen, wenn sie noch rechtzeitig ausgeführt werden sollen. Also nicht die Papen-Notverordnung ist es, die der Porzellan- und Steingutindustrie einen kleinen Antrieb gibt, sondern die Herbstmonate vor Weihnachten bringen wie alljährlich den Belohnungsstand mit sich.

Diese Tatsache an sich ist erfreulich! Weniger Freude machen jedoch die Nebenumstände, die mit der herbstlichen Geschäftsbelebung infolge der sinnlosen Papen-Notverordnung zusammen trafen. Die Notverordnung gibt bekauntlich den Unternehmern die Möglichkeit, je nach der Zahl der Neueinstellungen die Löhne zu kürzen, wenn sich die Belegschaften dies gefallen lassen. Und hierbei muß man leider die Wahrnehmung machen, daß eine Anzahl feinkeramische Industrielle diese Kann-Bestimmungen anwenden wollen auch auf den Lohn. Man kann es keinem Fabrikanten verübeln, wenn er die Papen-Regierungsgeschenke annimmt, und die von der gleichen Regierung gewünschte Arbeitszeitverkürzung durchführt. Wenn sich aber Unternehmer noch an dem künftigen Porzellanlohn-Verordnungsgemäß vergriffen, dann ist das ein Vorgehen, das nicht scharf genug verurteilt werden kann. Der größte Teil der Firmen, die Neueinstellungen vorgenommen haben, verzichtete auf den verordneten Lohnabzug. Er gab sich mit den Steuergeschenken und mit den sonst damit verbundenen Vorteilen zufrieden, aber die Unersättlichen, die Rücksichtslosen greifen in den schmalen Lohnbeutel und nehmen sich ihren Papen-Teil.

Wie es gemacht wird, muß immer wieder an Beispielen gezeigt werden, um einmal die Sinnlosigkeit und die Auswüchse der Notverordnung zu kennzeichnen und zum anderen, um die Raffgier der Unternehmer und das Vernichten der Kaufkraft darzustellen.

Die Porzellanfabrik Greiner & Herda in Oberkottzau liefert dazu ein typisches Beispiel. Die Firma stellte fünf junge Mädchen im Alter von 16 Jahren und drei junge Burschen im Alter von 17 bis 18 Jahren ein. Das sind zu 80 Personen acht neue Arbeits-

kräfte. Daraufhin wurde der Gesamtlohn von 1666 RM um 5 Prozent gekürzt, sind 83,30 RM. Der Lohn für 88 Personen betrug also nur noch 1582,70 RM. Die Firma bekommt also die Arbeitsleistung von 88 Arbeitskräften für 17,30 RM in der Woche weniger als vor Anwendung der Notverordnung, und erhält dazu ein Steuergutscheingeschenk von 61,60 RM in der Woche. Trotz höherer Arbeitsleistung steckt sie, ohne vor Scham rot zu werden und ohne ihr Unternehmergewissen belastet zu fühlen, einen Extrageinn von 79 RM in der Woche ein. Die Belegschaft verlor Kaufkraft in Höhe von 83,30 RM und schließlich noch die, wenn die Neueinstellungen Unterstützung bezogen. Damit sollen nun die Wirtschaft angekurbelt werden und die christlichen Grundsätze wieder zur Geltung kommen? Wir machen Zweifel geltend, daß das eintreten wird.

So handelte aber nicht nur Greiner & Herda, so machten es auch andere, ohne Rücksicht darauf, was danach kommt. Ob sich die abzugewöhnlichen Fabrikanten schon einmal Gedanken darüber gemacht haben, wer, wenn allen Arbeitern die Kaufkraft so gemindert wird, dann noch Porzellan kaufen soll und kann? Ein Arbeiter, der als Familienvater nur noch 20 bis 22 RM in der Woche verdient, kann doch kein Porzellan und kein Steingut mehr kaufen. Oder soll jetzt die gesamte Arbeiterschaft als Porzellan- und Steingutkonsument völlig ausgeschaltet werden? Liegt den feinkeramischen Industriellen daran? Sicher nicht. Aber ihr rigoroses Lohnabzugsbeispiel und der Lohnruck der übrigen Unternehmer hat ja die Folgen.

Wer bei höherem Auftragseingang, bei stabilisierten Preisen, bei Steuergeschenken seinen Arbeitern und Arbeiterinnen noch den Papen-Abzug aus dem schmalgewordenen Lohnbeutel fingert, nimmt schon ein Stück Brot fort und das verbliebene Restchen Fleisch für den Sonntag; denn bei Lohnsätzen von 4,90 bis 22,25 RM in der Woche muß ein Abzug von 0,55 bis 3 RM lebensschwächend, arbeitskraftvernichtend wirken.

Mit Wirtschaftsbelebung, Vernunft, Einsicht, christlichen Grundsätzen und ehrlichem Unternehmerstreben hat ein derartiges Verfahren nichts mehr zu tun. Eine Nation kann an solchen Auswüchsen widerlichster Unternehmerrabulität nicht gesunden; denn der letzte Arbeitswillenfunkte wird erstickt. Eine durch solche aufwiegende Maßnahmen vergiftete Atmosphäre birgt Explosionsherde von größtem Ausmaß in sich. Wenn sich die ersten Explosionsopfer in Todeskrämpfen winden, stellen wir fest, daß die feinkeramischen Unternehmer die Schuldigen und Verantwortunglichen mit sind, die den Lohnabzug der Notverordnung mit durchführten.

Ankurbelung der Wirtschaft durch Staatsbetriebe?

Die Schönfarber für die Regierung Papen registrieren jeden Fall, wo ein Betrieb nach dem 15. September Neueinstellungen vorgenommen hat, um zu beweisen, daß alle Teil nur von einer Regierung mit Diktatorgewalt kommt. Schamhaft verschweigt man aber alles, was das glänzende Bild trüben könnte. Während man jubelt, daß die Privat-Industrie Arbeitslos einstellt, wirft man aus Staatsbetrieben die Arbeitnehmer auf die Straße.

Die Staatliche Porzellan-Manufaktur in Berlin hat selbstverständlich auch durch die Krise gelitten und brauchte einen Zuschuß, der durch Beschluß des Landtages ihr auch vom Finanzministerium gegeben wurde, solange die Regierung Braun-Sovering am Ruder war. Jetzt weht ein anderer Wind. Das Finanzministerium hat die Zuschüsse, die sich für das ganze Jahr 1931 auf 80.000 RM beziffern, vorwegart, trotzdem im Handelsausschuß am 13. Oktober erneut ein Antrag auf Weitergewährung der Zuschüsse angenommen wurde. Der Reichskommissar im Finanzministerium pfeift darauf und hat die Direktion aufgefordert, 85 Arbeitnehmer zu entlassen, damit die Manufaktur ohne Zuschüsse auskommt. Bei Beginn der Krise, als die ersten Entlassungen gewerblicher Arbeitnehmer erfolgte (die Belegschaft wurde seitdem um 300 von über 600 auf 300 verringert), verlangte der Arbeiterrat, daß dementsprechend auch die Zahl der leitenden Direktoren und Angestellten eingeschränkt und alle nicht notwendigen Ausgaben weggelassen sollen. Thu wurde von selten der Direktion und der maßgebenden Referenten im Ministerium erklärt, dies wäre nicht möglich. Heute sieht man ein, daß der Arbeiterrat Recht hat und will man dazu übergehen, den Vorschlag des Arbeiterrates auszuführen, jetzt, wo es zu spät ist und Hunderttausende, die gespart hätten werden können, dadurch mehr ausgegeben sind und als Zuschüsse für die Manufaktur gezahlt werden mußten. Also müssen die gewerblichen Arbeitnehmer für die Sünden der Direktion und der Referenten büßen.

Für die Privat-Industrie ist also Gold in Hülle und Fülle da, für die Staatsbetriebe scheint man aber die Ankurbelung für nicht notwendig zu halten, oder steckt dahinter der Wille, Staatsbetriebe der Privat-Industrie in die Hände zu spielen und hält man die Manufaktur, reif dazu?

Eine besondere Note erhält der Vorgang noch dadurch, daß jetzt auch Arbeitnehmer zur Entlassung kommen sollen, die bis zu 40 Jahre und darüber hinaus in der Manufaktur gearbeitet, ihre Beiträge zur Pensionskasse gezahlt haben, vor dem Umbruch mit niedrigen Löhnen vorlieb nehmen mußten mit dem Hinweis auf die spätere Pensionierung und nun um ihre Hoffnungen geprellt werden sollen. Eine Illustration, wie die

Staatsbetriebe den Willen Hindenburgs ehren, die sozialen Rechte der Arbeiter nicht anzutasten. Für die Pensionen hoher Militärs hat das Finanzministerium Geld. Wenn es aber um die wohlverwobenen Rechte der Arbeitnehmer geht, stolpert man nicht über Zwirnsfäden, fühlt sich auch nicht an Beschlüssen der Volksvertretung gebunden und überläßt die Arbeiter dem Elend und der Wohlfahrtsfürsorge und belastet damit die Gemeinden.

Die Arbeiterschaft hat es in der Hand, diese Verhältnisse zu ändern, indem sie sich in der für sie zuständigen Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter (Keramischer Bund) organisiert.

Sanitätskeramik — G. m. b. H., Berlin

Wie wir schon in voriger Nummer unserer Zeitung berichteten, ist unter der oben genannten Firma ein Zusammenschluß sämtlicher deutschen sanitären Steingutfabriken erfolgt, zu dem Zweck, eine Gesundung der in der letzten Zeit völlig zerrütteten Verhältnisse am Marke für sanitäre Bedarfsartikel herbeizuführen. Der Zusammenschluß ist auf die Dauer von 10 Jahren erfolgt. Zum Geschäftsführer dieser Gesellschaft wurde Generaldirektor Paul Dreise, Breslau, bestimmt. Alle Verkäufe von sanitären Steingutartikeln werden jetzt durch die Sanitätskeramik GmbH. in Berlin geregelt. Die Verteilung der Aufträge an die einzelnen Werke erfolgt nach der Quote, die die einzelnen Firmen in den letzten 1 1/2 Jahren aufzuweisen hatten. Der neuen Verkaufsstelle gehören folgende Werke an: Keramag, Keramische Werke A.-G., Bonn. Der Keramag gehören die Werke in Wesel, Ratingen, Flörsheim an, Villeroy & Boch, Dresden und Torgau, Steingutwerke A.-G., Breslau, Steingutfabrik Schwarzwald GmbH., Hornberg, Annawerk, Schamotte- und Tonwaren-Fabrik A.-G., Oestau bei Coburg, Ludwig Wessel A.-G., Bonn, Christian Carstens Kom.-Ges., Walthausen und Graußen in Thüringen.

Bei der Vereinigung fehlen die Standard-Werke in Neuß bei Düsseldorf und die Tonwarenfabrik in Schwandorf, die dem Kahla-Konzern nahesteht. Auch geht nicht aus der Meldung hervor, ob die Steingutwerke GmbH. in Bünzlau, die bislang Privatbesitz des Leiters des Syndikats, Horn Dreise, sein sollten, dem Syndikat angeschlossen sind?

Fraureuth.

In den letzten Tagen ging durch verschiedene Tagespressen des Reiches die Meldung, wonach ein Teil der Fraureuther Porzellanfabrik wieder in Betrieb gesetzt werden würde. So erfreulich eine derartige Tatsache im Interesse des Ortes und unserer langjährigen erwerbslosen Kollegenschaft wäre, müssen wir mitteilen, daß derartige Notizen eine Irreführung sind.



Weitere Verschlechterungen im Zement-Export

Der Zement gehört zu den Exportartikeln, die mit der bisherigen Entwicklung ihrer Ausfuhr im Jahre 1932 alles andere als zufrieden sein können. Im Jahre 1931 wurden rund 5,8 Millionen Doppelzentner ausgeführt, d. h. im Monatsdurchschnitt rund 480.000 dz. In den ersten acht Monaten des Jahres 1932 waren es nur noch 2,25 Millionen Doppelzentner oder durchschnittlich im Monat 188.000 dz. Also eine Abnahme von nicht weniger als rund 62 Prozent ein Betrag, der wesentlich mehr ist als das Doppelte des Schwundes unserer gesamten deutschen Ausfuhr und der auch das Doppelte überschreitet, um das unsere Reichsausfuhr im Jahre 1932 bisher zurückgegangen ist.

Diese katastrophale Entwicklung könnte die Vermutung erwecken lassen, daß der Zement-Export starken saisonmäßigen Schwankungen unterliegt, d. h. daß zum August verhältnismäßig weniger ausgeführt wurde als dem Durchschnitt für das ganze Jahr entsprechen würde. Der Zement-Export unterliegt solchen Einflüssen erstaunlicherweise verhältnismäßig wenig. Verhältnismäßig deshalb, weil in den warmen Monaten im allgemeinen eine Kleinigkeit mehr ausgeführt wird und auch 1932 scheint das der Fall gewesen zu sein, so daß der monatliche Durchschnitt bis August zumindest nicht unter dem für das

ganze Jahr liegen dürfte. Es ist also für den Rest des Jahres nicht zu erwarten, daß die gegenüber 1931 eingetretenen Verluste wesentlich aufgeholt werden könnten, sondern damit, daß am Jahresende 1932 der Zement-Export im besten Falle gegenüber dem Vorjahr mengenmäßig halbiert sein dürfte.

Eine derartige Schrumpfung ist um so bitterer als bereits die Ausfuhr des Jahres 1931 einen gewaltigen Rückschritt aufwies. Setzt man die Gesamtmenge, die 1930 exportiert wurde, mit 100 Prozent an, so betrug die Ausfuhr des Jahres nur noch rund 61 Prozent und 1932 werden nur rund 30 Prozent übrig bleiben. Diese, übrigens schon nach 1929 einsetzende, Schrumpfung findet man in derartigen Stärke nur bei ganz wenigen Waren. Sie ist auch aus dem Grunde auffällig, weil sie schon 1929 begann, während weitmas die Mehrzahl aller ins Ausland exportierten Waren um jene Zeit noch ein recht gutes Bild zeigte, ja zum Teil sogar noch 1931 einen mengenmäßig durchaus zufriedenstellenden Eindruck aufwies.

Der Zement gibt eins der Beispiele für den im gesamten Volkswirtschaftsbesonderen unangenehmen Exportschwund, nämlich denjenigen, der im Inland Arbeitskräfte in großem Umfang be-

schäftigungslos gemacht hat. Bei vielen anderen Waren ist zwar der Gesamtwert der Ausfuhr wesentlich kleiner geworden, die Gesamtmenge aber nahezu unverändert geblieben und damit die Zahl der im Inland besetzten Arbeitsplätze. Gerade, weil der Schwund der Zementausfuhr für die Verhältnisse auf dem innerdeutschen Arbeitsmarkt so unangenehme Folgen hatte, ist es nötig, festzustellen, ob etwa die Preisgestaltung für dieses Produkt bei der Ausfuhr nicht genügend der gesunkenen Kaufkraft des ausländischen Bezahlers angepaßt war. Man könnte das beinahe annehmen, wenigstens als Teilbeeinflussung. Die Reduzierung des Durchschnittswertes pro Gewichtseinheit vollzog sich nämlich insgesamt gesehen wesentlich langsamer als der mengenmäßige Schwund, was vermuten läßt, daß die vorgeschlagenen Preisreduzierungen nicht genügen, um wenigstens einigermaßen den mengenmäßigen Absatz zu halten, wie es bei anderen Exportartikeln vielfach der Fall war. Ob die Fabrikationsmethoden zu teuer geworden sind oder ob kartellmäßige Bindungen genügende Preisnachlässe unmöglich machen, sei hier unerörtert. Es mag genügen, daß der Preisabbau um rund 20 Prozent hinter dem Mengenabbau zurückblieb.

Aber nicht nur solche rein preismäßigen Gründe haben die riesige Abnahme des Zement-Exportes verursacht. Die folgende Tabelle verrät einen anderen Grund, nämlich den, daß für die deutsche Gesamtsituation der Hauptkonkurrenz der Zementindustrie ein besonders ungünstiger ist. Es sind mei-

stens Staaten, die besonders bei ihrer Einfuhr nach Deutschland von unseren Schutzvoll-Maßnahmen für agrarische Produkte betroffen worden. Die Liste der wichtigsten Staaten für den Zement-Export hat folgendes Aussehen:

Land	in 100 dz (abgerundet)	
	Monatsdurchschnitt für 1931	Monatsdurchschnitt für Januar bis August 1932
Niederlande	263,4	173,4
Frankreich	53,7	25,7
Brasilien	21,4	13,3
Saargebiet	14,1	9,8
Venezuela	15,7	7,8
Argentinien	21,1	6,2
Litauen	8,5	5,0
Madagaskar	4,2	1,5
Sonstige	73,0	35,7
Insgesamt	480,1	281,4

Zu dieser ungünstigen Situation kommt noch, daß es verhältnismäßig nur wenige Länder sind, die den Export aufnehmen. Die Tatsache, daß die Holländer allein rund 60 Prozent in beiden Zeitschnitten erhalten, ist für die deutsche Zementindustrie besonders gefährlich, weil ja Repressalien dieses einzigen Landes rund Zweidrittel der gesamten Zementausfuhr zum Erliegen bringen können. Die von den Niederländern in neuester Zeit abgelehnten Kontingentierungs-Verhandlungen bezüglich der Agrarprodukte müssen der exportierenden Zementindustrie ein ganz besonders dringendes Warnzeichen sein. Es kommt hinzu, daß eine ganze Reihe von

Staaten mit Lieferungen bedacht werden, die man auch nicht ohne Bedenken ansehen kann, so z. B. die Tatsache, daß verschiedene Reparationsempfangsländer zu recht guten Bezahlungen gehören, besser allerdings gesagt: gebühren. In der neuesten Zeit spielen diese Lieferungen nur eine geringe Rolle; so hat Frankreich im August nur noch rund 1,6 Prozent der bis dahin exportierten Gesamtmenge erhalten und Madagaskar seit Juni gar nichts mehr.

Die obige Tabelle zeigt die hauptsächlichsten Empfangsländer. Das Schaubild vermittelt einen Eindruck, wie sich der Export von Januar bis August bei den einzelnen europäischen Ländern und bei den Uebersee-Kontinenten verhielt, und zwar auch wieder an Hand der mengenmäßigen Monatsdurchschnitte.

Im Jahre 1931 erhielt das ganze Osteuropa (außer Litauen) Südosteuropa (ausgenommen Jugoslawien), Südeuropa, Nordeuropa (ausgenommen Norwegen), und von Westeuropa Irland und Belgien-Luxemburg keine oder nur sehr geringe Mengen. Diese an sich schlechte Exportlage hat sich noch verschärft; denn die damals noch nennenswerten Kunden Jugoslawien, Großbritannien, Spanien und Portugal sind so gut wie ganz ausgeschieden. Lediglich der Absatz nach Irland hat eine leichte Belebung erfahren, die aber im Gesamtergebnis keinen Ausgleich auch nur annähernd brachte. Alle diese Länder bzw. Gebietskomplexe hatten aber so wenig erhalten, daß die Ver-

schlechterung der Situation nicht ins Gewicht fällt. Wesentlich ausschlaggebender ist die Tatsache, daß die größeren Kunden so abgefallen sind. Zu diesen gehörten die Uebersee-Kontingente (ausgenommen Australien), die die stärksten Abnahmen aufwiesen, so Nord-Mittelamerika gegenüber 1931 um 92 Prozent, Asien um 76 Prozent, Südamerika und Afrika um die 50 Prozent. Eine ähnliche Rolle spielt in Europa nur Frankreich mit einem Schwund von rund 51 Prozent. Diese anteilmäßig sehr großen Verluste haben ungefähr nur soviel vermocht, wie der rund 35prozentige Exportschwund nach Niederlanden. Die Tatsache, daß dieser weitaus wichtigste Bezugsstaat rund ein Drittel bisher weniger erhielt als 1931 ist das Entscheidende für die Gestaltung des Zement-Exportes in den bisherigen Monaten des Jahres 1932. (Schluß folgt.)

Der Herr von Lochhausen

Vergleich.

In Sachen: Alexander Nicola, Direktor der Südd. Ziegelwerke in Lochhausen bei München, gegen

1. Herrn Gustav Schiefer, Schriftleiter des Mittellungsblattes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes „Der freie Ge-

werkschaffter“, München, Armannspergerstraße 3.

2. Edwin Nenninger, Schriftleiter des Wochenblattes „Keramischer Bund“, Charlottenburg, Brahestraße 2-5.

3. Josef Felder, Schriftleiter der „Schwäbischen Volkszeitung“ in Augsburg, Rosenaustraße 40.

wegen Beleidigung, kommt auf Vorschlag der Beklagten folgender Vergleich zustande:

§ 1.

Die Herren Gustav Schiefer, Edwin Nenninger und Josef Felder haben sich durch die beim Amtsgericht München am 10. Mai 1932 gepflogene Hauptverhandlung überzeugt, daß die in Nr. 42 des Mittellungsblattes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, „Der freie Gewerkschaffter“, in München, Nr. 154 der „Schwäbischen Volkszeitung“ vom 9. Juli 1931 und in dem Wochenblatt „Keramischer Bund“ vom 1. August 1931, erhobenen Vorwürfe gegen Herrn Direktor Alexander Nicola der Südd. Ziegelwerke in Lochhausen vollkommen unbegründet sind; sie nehmen daher die in den erwähnten Artikeln erhobenen Vorwürfe gegen Herrn Direktor Nicola zurück und bedauern die Aufnahme der auf falscher Information beruhenden Artikel.

§ 2.

Die Herren Gustav Schiefer, Edwin Nenninger und Josef Felder übernehmen die Kosten des Verfahrens in beiden Instanzen.

§ 3.

Herr Direktor Nicola ist berechtigt, diesen Vergleich binnen 10 Tagen nach Eintritt seiner Rechtswirksamkeit je einmal in den genannten Zeitungen auf Kosten der Beklagten in der üblichen Form, und zwar an derselben Stelle in derselben Aufmachung, wie die unter Privatklage gestellten Artikel erschienen waren, zu veröffentlichen; die drei Beklagten verpflichten sich, diese Veröffentlichung in den drei erwähnten Blättern auf Verlangen des Herrn Dir. Nicola unentgeltlich binnen 10 Tagen nach Eingang des Vorlangens der Veröffentlichung zu bringen.

§ 4.

Die Rechtswirksamkeit des Vergleichs hängt ab von seiner Genehmigung durch die Zentraldirektion der Portlandzementwerke Heidelberg.

München, den 17. Oktober 1932.

Für den Kläger: gez. Dr. Sauter, R.-A.

Für die drei Beklagten: gez. Dr. Hirschberg, R.-A.

Für die Abschrift: Dr. Sauter, Rechtsanwalt.

Vorstehenden Vergleich mache ich hiernit auf Grund der im obigen § 3 enthaltenen Ermächtigung bekannt.

München, den 20. Oktober 1932.

Dr. Sauter, Rechtsanwalt.

Die Kluff / Roman von Ellen Wilkinson

Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Otto Albrecht van Bebber / Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg

(39. Fortsetzung)

„Fein!“, sagte Joan. „Natürlich bleibe ich.“ „Bitte“, sagte sie, „schreibe mir eine monatliche Paragraf Parma de Pratz, die für die Frauen eine witzige Seite über Moden geschrieben hatte; Redfern, dem die Wochenkritik Gelegenheit gab, gegen den Kapitalismus in Theaterwesen zu donnern; zwei jüngere Abgeordnete; der Zeichner; ein hochaufgeschossener, sehr erster Mann mit ungewöhnlicher Kragenweite, der offenbar als eine Art Enzyklopädie über die Gestaltung eines sozialistischen Staates angesehen wurde, und ein kleiner Mann mit grauem Haar und grauem Anzug, der nach dreißig Jahren im diplomatischen Dienst sich anscheinend entschlossen hatte, niemals wieder zu irgend jemand höflich zu sein.“

Parma hatte vormittags einer Trauung des Hochadels beigewohnt und berichtete von ihrem Versuch, die Mutter der Braut zu interviewen. „Die alte Gräfin musterte mich, als sei ich eine Laus und fragte: ‚Schreiben Sie für eine wirkliche Zeitung oder die Penny-press? Für diese bin ich nicht zu sprechen! Ist es nicht himmlisch, Lord Rothermeres?‘ kleine Anstrengungen als Penny-press abzuhun?“

„Flunkern Sie nicht, Parma?“, erkundigte sich Redfern. „Ich kann mir nicht vorstellen, daß es jemand gibt, der nicht darauf brennt,

in den Zeitungen genannt zu werden. Solch Unikum wäre meines Erachtens das einzige Wesen, dem man noch eine Status in London errichten sollte.“

„Ich schwöre, daß ich die Wahrheit rede“, verteidigte sie sich.

„Nun, Blain“, ließ sich der Exdiplomate in seiner gedehnten Redeweise vernehmen. „Ich bin überzeugt, daß es noch Charaktere, Typen und Sonderlinge gibt, die der Öffentlichkeit ebenso unbekannt sind wie die Stämme des dunkelsten Afrika, weil sie niemals mit einem, der schreibt, in Berührung kommen.“ So erzählte mir zum Beispiel meine Schwester einmal von einer Lehrerin in einem Pensionat, die seit ihres Vaters Tode, der fünfzehn Jahre zurücklag, abgesehen von geschäftlichen Anlässen, mit keinem Manne ein Wort gewechselt habe.“

„Da ist ihr viel Kummer erspart geblieben“, witzelte Parma. „Soll ich Ihnen eine Artikelserie ‚Unbekannte Briten‘ verfassen, Gerry?“

„Bitte! Sie würde mir sehr zustatten kommen.“

Blain schaute sie so dankbar an, daß Joan einen scharfen Stich der Eifersucht spürte. Wie die meisten jungen Frauen, die unter Männern sich Männerarbeit widmen, war sie nicht gewohnt, andere Frauen um sich zu haben. Sie würde heftig protestiert haben, wenn man ihr gesagt hätte, daß sie am liebsten die einzige zu sein wünschte. Aber irgendwie war es netter, wenn die anderen schon in reiferem Alter standen, wie etwa Mary Mand und Mrs. Daera. Parma de Pratz war ihr zu gleichaltrig und ungeachtet des schicken, neuen Komplexes kam Joan sich neben dem großstädtischen Schiff der kühlen jungen Reporterin wie eine linksische Landpomeranze vor. Mary Mand hatte Blains verändertes Verhalten gegen Frauen auf Joans Einfluß zurückgeführt, obschon die Aufklärung von Helen Daeres Geschichte auch dazu beigetragen haben mochte. Pah, wer weiß, ob nicht die bestechende Persönlichkeit Parmas die Hauptursache war!

Der Gerry Blain, der da mit Parma de Pratz scherzte, dünkte Joan ein ganz neuer Gerry, älter, mehr ein Mann von Welt. Betrachtet er sie nun als eine Mitkämpferin in der Arena oder als eine Zuseherin in der Loge?, fragte sie sich giftig. Aber schon stellte sich die Scham ein. „Joan Craig, du bist eine Katze, und du weißt es, daß du eine bist. Genug mit deiner Abscheulichkeit!“, kanzelte sie sich ab und wandte sich Browne zu, um über Kelsall zu plaudern.

Nachmittags hatte Joan in einem Frauenverein einen Vortrag mit anschließender Sammlung zugunsten der Bergarbeiterkinder zu halten, und auf dem Deck des Omnibusses, der sie im hellen Sonnenschein zu ihrem Ziele führte, suchte sie Ordnung in ihre Gedanken zu bringen. Warum war sie beim Lunch so plötzlich auf Parma de Pratz eifersüchtig gewesen, sie, die sich über solch kleinliche Gefühle erhaben glaubte? Und was sollte sie Anthony sagen? Morgen früh, Helen Daeres musikalische Soiree statt — dann oder spätestens am Tage — mußte sie sich entscheiden. Aber wenn sie sich nicht bald entschied, — was sie sich nicht bald entschied, — hier gab sich Joan einen kleinen Ruck. Was für alberne Einfalt!

Nach — hier sie Anthony, aber wollte sie ihn heiraten? Anthony, London, Divonsbury — ihre Car — sie folgten einem neuen Gleise. Sie sah sich als Anthonys Frau — eine — eckend eingetretene Wohnung, seine Freunde, all diese angenehmen Menschen, mit denen er sie bekannt gemacht hatte, Reisen ins Ausland, und Schriftstellerel. Schreiben, ja, Welch hübsche Art, Geld zu verdienen und fähig zu sein, das zu äußern, was man für richtig hielt! Nicht mehr auf — bende Reisen, nicht mehr billige Hotels und dürftige Unterkünfte und — wieder gab es in ihrem Hirn einen Ruck — nichts zu tun, was überhaupt der Mühe wert war. Brauchte sie wirklich dies Weiche-Kissen-und-Warme-Bäder-Leben? Ganz schön für eine gewisse Zeit... aber Shireport, das Mandat, die köstliche Erregung der Führerschaft und die Befriedigung nach erreichten Erfolgen, der Kampf Seite an Seite mit den Aripitern, Dinge vollbringen, auf die es ankam...

„Ihre Haltstelle, Miß“, erklang die laute Stimme des Schaffners. Und sie klatterte hastig vom Autabus herab. Ihr traumhafter Versuch, die Dinge bis zum Ende auszudenken, hatte sie nicht einen Schritt weiter gebracht.

XXVII.

Bei dem Imbiß, den Joan mit Mary Maud vor der Fahrt nach der musikalischen Soiree einnahm, war sie viel nervöser, als sie es ihrer Freundin eingestehen mochte. Helen Daera hatte wirklich sehr große Anstrengungen gemacht und außer anderen Namen von Klang einen berühmten polnischen Collopieler verpflichtet, der selbst Sohn eines oberösterreichischen Bergmanns war. Trotz der hohen Preise fanden die Billets über Erwarten guten Absatz. Nach dem künstlerisch ausgeführten Programm, das Joan am Vormittag zugestellt worden war, gab es um halb fünf Uhr Tee, dann Musik, hieran schloß sich ihre Rede und eine Sammlung, worauf wieder musikalische Darbietungen folgten.

„Vortrag von Miß Joan Craig, die eben vom Hilfswerk in den Grubendistrikten des Nordens zurückgekehrt ist“, las Joan wieder und wieder, und es berührte sie merkwürdig, ihren Namen in solcher Gesellschaft zu sehen. „Ach, Mary Maud“, setzte sie, „mir widerstrebt das Ganze; es ist eine Rolle, für die ich nicht passe. Warum bestand Mrs. Daera darauf, daß just ich spreche?“

(Fortsetzung folgt.)

Helft den jugendlichen wandernden Mitgliedern

In letzter Zeit wurde von verschiedenen Zahistellen in den Verbandszeitungen bekanntgemacht, daß an durchreisende Kollegen keine lokale Unterstützungen mehr gewährt werden. So sehr ich auch die teilweise recht schlechte Kassenlage vieler Zahistellen zu würdigen weiß, bin ich doch der Ansicht, daß unsern jungen Kollegen trotzdem geholfen werden kann. Wo es nicht — 50 oder 1 RM sein können, mit der man ihm beispringt, braucht es nur ein Stück Brot zu sein. Auch dieses wird gern in Empfang genommen. Dem jugendlichen muß gezeigt werden, daß er durch ein kameradschaftliches Verhältnis mit allen übrigen gewerkschaftlich Organisierten, insbesondere seinen eigenen Verbandskollegen, verbunden ist. Einzelne Zahistellen verwenden recht erhebliche Mittel für ihre Jugendgruppen. Sollte es da nicht möglich sein, auch für die durchreisenden jugendlichen Kollegen etwas abfallen zu lassen? Während die Mitglieder der eigenen Jugendgruppen mitunter verhältnismäßig werden, zeigt man den übrigen, die sich in der Fremde befinden, die kalte Schulter. Ich bin der Ansicht, daß es nicht die schlechtesten jugendlichen sind, die sich in Zeiten der Arbeitslosigkeit die Welt ansehen. Hierbei schadet ihnen nicht, wenn ihnen auch mal ein herber Wind um die Nase weht. Sie müssen jedoch das Empfinden haben, daß sie Mitglied einer großen Organisation sind, von der sie auch in der Fremde betreut werden.

Ich weiß sehr wohl, daß mancher jugendliche erst dann die Gewerkschaft findet, wenn er auf Wanderschaft geht. Vielfach sind nur darum gefunden hat, um von ihr unterstützt zu werden. Es ist jedoch nicht zu schwer, bereits nach kurzer Unternehmung festzustellen, was Geistes Kind der Wandersmann ist. Außerdem erkennt man bekanntlich den Vogel auch an seinen Federn. Gar zu eugherzig werden wir nicht zu sein brauchen. Selbst dann nicht, wenn hier und da mal einem Unwürdigen geholfen wird.

Es kommt jedoch nicht nur darauf an, daß man etwas gibt, sondern wie man es gibt. Besonders in größeren Zahistellen wird hier gesündigt. Der Kassierer braucht nicht immer nur das bissige Kassierergesicht zu zeigen, sondern er sieht viel hübscher aus, wenn er den Menschen hinter dem Schalter sehen läßt. Die wandernden jugendlichen Mitglieder werden sowieso genug gest. Sen. Warum sind auch noch in den Zahistellen als so etwas wie ein notwendiges Uebel angesehen! Ein paar freundliche Worte sind genau soviel wert wie das Ortsgeschenk und kosten dabei kein Geld. Warum sie nicht als Zugabe beilegen. Gleichfalls kostet es kein Geld, wenn man dem durchreisenden jugendlichen Kollegen die

Eigenarten und Schönheiten des Ortes und der Umgebung bekannt macht. Der jugendliche will nicht nur wandern, sondern auch schauen und lernen. Seien wir ihm dabei behilflich. Die Entschuldigung, keine Zeit zu haben, lasse ich nicht gelten. Zum mindesten nicht bei den Angestellten. Der Angestellte taugt meines Erachtens nichts, der nicht ein paar freundliche Worte für die in der Fremde befindlichen jugendlichen Mitglieder von seiner Zeit einzusparen imstande ist. Ich wünsche, daß meine Anregungen auf fruchtbaren Boden fallen. Auch auf diesem Gebiet ist Jugendarbeit zu leisten. L. Udoke

Schriften und Bücher

Eine besondere Vergünstigung wird den Mitgliedern der Büchergilde Gutenberg in der Novembernummer der Mitteilungszeitung dieser Gemeinschaft: werktätiger Buchleser mitgeteilt: Zu Weihnachten bringt die Büchergilde für ihre Mitglieder den Roman „Die Scholle“ von Ibanes, illustriert von José Beullare, zum Vorzugspreis von 1,60 RM heraus. Mit diesem Buch befaßt sich die vorliegende Zeitschrift, die im übrigen wieder interessante Beiträge und Abbildungen enthält.

Der veraltete Solozel Der tschechische Dichter Ivan Olsbracht hat sich sehr rasch einen guten literarischen Namen gemacht. Mit seinem neuen Buch „Der vergiftete Spiegel“ deutsch von George S. Stoeller, das jetzt in vorbildlicher Ausstattung bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin, erschienen ist, in Leinen 2,70 RM, tritt er in die erste Reihe der Schriftsteller von internationaler Bedeutung. Sein neues Buch ist in jeder Beziehung ein Meisterwerk. Obwohl nichts Aufregendes geschicht — Olbracht erzählt von einer kurzen Gefängnishaft, die er abzusitzen hat — ist das Buch unerschütterlich fest und von packender Gewalt. Ein anderer hätte nach dem üblichen Schema an den Oisterstaben zerfällt und mit den Ketten geklirrt, Olbracht vermeidet solche billigen Effekte. Er arbeitet nicht mit Schwarzweiß-Kontrasten, er berichtet mit brachivollem Galgenhumor auch von den kümmerlichen Seiten des Erlebnisses, und er läßt allen, denen er bekennt, Gerechtigkeit widerfahren. Er versteht es, seine Aufsätze und Mitteilungen sich zu Freunden zu machen und sie merken zu lassen, welche Kraft eine Weltanschauung geben kann, die in dem Satz ruht: „Das Leben wäre gar nicht lebenswert, wenn wir nur das wollten, was in unseren Kräfte steht.“ Olbracht ist Künstler genug, um zu wissen, daß man das Wort Klassenkampf und das Wort Politik nicht in den Mund zu nehmen braucht und daß man doch als Klassenkämpfer vor der ganzen Welt bestehen kann. In seinem Buch ist auch nicht eine von den in solchen Büchern üblichen propagandistischen Wendungen, und doch: welche Propaganda entfaltet dieses neue Werk! Es gehört zu den wenigen Büchern, die den Begriff Arbeiterdichtung Inhalt geben.

Ausschlüsse

Aussgeschlossen wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a und d, in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahistelle Zeitz: Hermann Gruner, Buch-Nr. 1141387; ferner auf Grund des § 14, Ziffer 3c, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Statuts, das bisherige Mitglied der Zahistelle Großhain i. Sa.: Arthur Mannig, Buch-Nr. S. H. 796 875.

*) englischer Zeitungskönig

Zum 9. November 1932

Wir standen blutbesudelt, und die Nebel wallten, die uns vier Jahre roh und kalt umkrallten, duckend — fluchend unter grauem Joch, und das verfolgte uns in tiefstem Schlafe noch. Dann aber, endlich — und mit einem Schlag aubruch jubelnd der Novembertag.

Wir hoben heilige Fahnen aus dem Staub der Zeiten und trugen, schwenkten sie im Vorwärtsschreiten.

Freiheit! Jeder Mund rief es begeistert aus, denn die Sehnsucht trieb uns hin nach Haus.

Und — was es auch an Gutem geben mag: Lachend gab's uns der Novembertag.

Wir durchlebten Jahre, die wie helles Klingen, die uns Freude brachten, Kampf und viel Gelingen, einig standen wir in Reih und Glied... und gar mächtig aufklang unser freies Lied.

So sank die Nacht, und als zerbrochenes Wrack lag das Vergangne am Novembertag.

Oh, denkt zurück in diesen dunklen Stunden.

Nur Bruderzwist schlug uns die blutigen Wunden, jetzt laßt sie heilen, fort den ewigen Streif.

Zus Siege brauchen wir die Einigkeit, uns mahnt die Not, uns mahnen Zeit und Flieg.

Volk, denk zurück — an den Novembertag.

Wir alle litten, leben, Volk in Not, wir bleiben arm, und doch mit Stolz Protesten, jetzt streckt die Hände aus zum heiligen Schwur:

Wir kennen einen Weg und eine Lösung nur!

Verhat marschieren, kein gehässig Wort, so werfen wir die Knechtschaft über Bord! W. Bock.